Wilsdruffer Tageblatt

Früher: Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Fernruf Wilsdruff 6 / Postscheck Dresden 2640

Erscheint bis auf weiteres nur Montags, Mittwochs u. Freitags nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung f. die Woche v. 3. 12.—9. 12. 500 Milliarden, durch unsere Austräger zugetragen in der Stadt 520 Milliarden auf dem Lande 530 Milliarden, durch die Post monatlich entsprechend. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: die 6gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 3gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile der Zeitung 50 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage u. Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts u. Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 142 — 1923 — 82. Jahrgang.

Dienstag / Mittwoch 4. / 5. Dezember

Finanzkontrolle.

Es geht weiter auf dem Wege, den Poincaré mit seinem Vormarsch in das Ruhrgebiet einschlug; erst hat er durch den Industrievertrag die deutsche Wirtschaft des Westens hörig gemacht, hat sich das besetzte Gebiet auch machtpolitisch unterworfen — wird doch in Dortmund der Bau von Kasernen von den Franzosen befohlen, müssen doch in Essen schon Hunderte von Offizierswohnungen beschafft werden —; nun kommt das unbesetzte Gebiet dran. Natürlich mit Hilfe der Reparationskommission, da ja Poincaré gewohnheitsmäßig auf dem Boden des Rechts und dessen, was er dafür zu halten vorgibt, selbstverständlich zu bleiben entschlossen ist.

Hatte Lord Curzon im Einverständnis mit Hughes, seinem amerikanischen Kollegen, vor einem Monat vorgeschlagen, daß in einer Sachverständigenkonferenz die Zahlungsfähigkeit Deutschlands festgestellt werden sollte, so hat Poincaré bekanntlich nicht nur diese internationale Konferenz zum Scheitern gebracht, sondern hat jetzt auch durchgesetzt, daß sich nach seinem Vorschlag die Reparationskommission nicht mit dieser Feststellung beschäftigen soll, sondern die Aufgabe erhält, die Stabilisierung des deutschen Budgets und der deutschen Währung zu „studieren". Und zwar soll hierfür ein besonderer „Sachverständigen"ausschuß von der Reparationskommission eingesetzt werden, ein zweiter wird damit betraut, die Kapitalflucht aus Deutschland zu untersuchen und Maßnahmen zur Feststellung der Höhe dieser Kapitalien sowie zu ihrer Rückführung zu machen. Man will so gut sein, deutsche Vertreter zu hören.

Das ist die Finanzkontrolle, wie sie uns ja schon längst droht und oft genug angedroht ist. Ein Budget kann natürlich nur stabilisiert werden, wenn es das Defetzsaldo durch Streichung von Ausgaben und Erhöhung der Einnahmen, also durch neue Steuern zu beseitigen. Natürlich wird sich jener erste Ausschuß nicht damit begnügen, die Stabilisierung des deutschen Budgets zu „studieren", sondern er wird natürlich Vorschläge an die Reparationskommission machen, die uns jene Vorschläge „empfehlen" wird und zwar so „dringend", daß uns ihre Ablehnung gar nicht möglich sein wird. Man wird außerdem darauf hinweisen, daß die Erfüllung dieser Vorschläge die Voraussetzung einer Anleihe sein soll, jener Anleihe, die man wie im Schattenspiel an der Wand uns seit Jahren vorgegaukelt hat. Und die beiden Ausschüsse haben unbegrenzte Freiheit in der Ausdehnung ihrer Untersuchung, sie können all und jedes in den Kreis ihrer „Fragen" ziehen; und man kann sich daher wohl schon vorstellen, daß die Vorschläge, die sie zutage fördern werden, nicht bloß eine Finanzkontrolle Deutschlands bedeuten, sondern weit darüber in unser gesamtes staatliche und wirtschaftliche Leben hineingreifen werden.

Darüber haben sich England und Frankreich geeinigt und in Paris hofft man, daß sich auch Amerika offiziell oder inoffiziell an der Arbeit der Ausschüsse beteiligen wird. Denn das Ziel ist natürlich — man hat ja das österreichische Muster —, durch die eine Finanzkontrolle in weitgespanntem Rahmen die äußerlichen Vorbedingungen für eine internationale Anleihe zu schaffen, an der sich dann natürlich auch Amerika beteiligen soll, eine Anleihe, die aber vor allem vielleicht ausschließlich zur Abdeckung der deutschen Reparationsverpflichtungen dienen soll. Damit würden dann diese finanziellen Reparationsverpflichtungen nicht mehr „öffentlich-rechtlicher" Natur sein, also von Staat zu Staat gehen, sondern Pflichten Deutschlands Privatpersonen gegenüber bedeuten. Genau so, wie es mit der Völkerbundanleihe an Österreich geschehen ist. Wobei natürlich das Ausland gegebenenfalls die Ansprüche der Gläubiger dem in Verzug kommenden Deutschland gegenüber mit allen Machtmitteln zu vertreten hat, das Ausland, das das Geld dann tatsächlich schon erhalten hat. Und man wird sich dabei nicht des früher so beliebten Mittels der „Flottendemonstrationen" begnügen, wie das vor Athen oder Konstantinopel oder an der Küste Chinas geschah, sondern sich mehr an die bewährte Methode Poincarés im Ruhrgebiet halten.

Und das Ganze nennt sich dann aber zweifellos „eine friedliche Lösung der Reparationsfrage". Dr. Pr.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Das neue Kabinett unter der Kanzlerschaft Marx hat seine Arbeiten begonnen.

* Der Reichstag soll am Dienstag, den 4. Dezember, zusammentreten, um die Erklärungen der neuen Regierung entgegenzunehmen.

* Über den Bahnverkehr im besetzten Gebiet stehen Vereinbarungen zwischen den deutschen und französischen Stellen bevor.

* Der Separatistenchef Matthes ist von den Franzosen verhaftet worden.

Die neue Regierung.

Das Kabinett der Mittelparteien.

Nach achttägigem Hin und Her ist es endlich dem Zentrumsabgeordneten Marx gelungen, ein neues Kabinett aus den bürgerlichen Mittelparteien zustande zu bringen. Der Reichspräsident hat Marx zum Reichskanzler ernannt und auf seinen Vorschlag die Reichsregierung wie folgt neugebildet:

Reichskanzler: Senatspräsident Dr. Marx (Z.),
Vizekanzler und Reichsminister des Innern: Dr. Jarres (Volksp.), (bisher Reichsminister des Innern),
Reichsminister des Auswärtigen: Dr. Stresemann (Volksp.), (bisher Reichskanzler),
Reichsarbeitsminister: Dr. Brauns (Z.), (wie bisher),
Reichswehrminister: Dr. Geßler (Dem.), (wie bisher),
Reichsfinanzminister: Dr. Luther (Volksp.), (wie bisher),
Reichsverkehrsminister: Oeser (Dem.), (wie bisher),
Reichsernährungsminister: Graf von Kanitz (Volksp.), (wie bisher),
Reichspostminister: Dr. Hoefle (Z.), (wie bisher), zugleich mit Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers für die besetzten Gebiete beauftragt,
Reichswirtschaftsminister: bayerischer Staatsminister a. D. Hamm (Dem.),
Reichsjustizminister: Staatsanwalt Emminger (Bayer. Volksp.).

Das Aufbauministerium fällt fort.

Auf den ersten Blick erscheint das Kabinett fast wie eine Neuauflage des gestürzten Kabinetts Stresemann, denn unter den elf Mitgliedern befinden sich nicht weniger als acht Minister, die der vorigen Regierung angehörten, darunter der frühere Kanzler selbst, der die Kanzlerschaft an Marx gegeben hat, die auch bisher von ihm wahrgenommenen Geschäfte des Außenministeriums aber weiterführt. Neue Leute sind lediglich der Kanzler Marx, der Wirtschaftsminister Hamm und der Justizminister Emminger. Dennoch hat sich unverkennbar eine gewisse Verschiebung nach rechts vollzogen und es wird abzuwarten sein, wie diese allerdings scheinbar geringe Veränderung, wenn man nicht von einer stärkeren Betonung des bayerischen Elements durch den Eintritt der Bayern Hamm und Emminger reden will, auf das zukünftige Verhalten der beiden nicht beteiligten großen Oppositionsparteien, Deutschnationale und Sozialdemokraten, einwirken wird.

Erste Arbeiten.

Die neue Regierung trat bereits am 1. Dezember unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Marx zu einer Beratung zusammen und befaßte sich mit den Richtlinien der einzuhaltenden Politik. Die Vorstellung vor dem Reichstag dürfte voraussichtlich am Dienstag in einer Plenarsitzung stattfinden. Das neue Kabinett soll beabsichtigen, dem Reichstag ein Ermächtigungsgesetz vorzulegen, das in seinen wesentlichen Teilen mit dem für das Kabinett Stresemann erlangten übereinstimmen und insbesondere der Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes dienen dürfte.

*

Die neuen Männer.

Senatspräsident Dr. Marx, der im 61. Lebensjahre steht und in Köln geboren ist, spielt seit Jahrzehnten in der Zentrumspartei eine führende Rolle. In den Reichstag wurde er 1910 für den Wahlkreis Mülheim-Wipperfürth-Gummersbach gewählt. Seitdem gehört er dem Reichstag, der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung wie dem neuen Reichstag ununterbrochen an. Nach dem Tode Trimborns wurde Marx zum Vorsitzenden der Deutschen Zentrumspartei gewählt.

Der Reichswirtschaftsminister Hamm, früher bayerischer Handelsminister und dann Staatssekretär der Reichskanzlei unter Cuno, ist Bayer, ebenso der Reichsjustizminister Emminger, Jurist und Staatsanwalt, und der Bayerischen Volkspartei angehörig. Die beiden stellen mit dem Reichswehrminister Geßler ein bayerisches Dreimännerkollegium in das Kabinett.

*

Eberts Dank an Stresemann.

Der Reichspräsident hat an den geschiedenen Kanzler und neuen Außenminister Dr. Stresemann ein Schreiben gerichtet, in dem er ihm im Namen des Reiches herzlichen Dank und aufrichtige Anerkennung für seine wertvolle und hingebende Arbeit für Land und Volk ausspricht. Unter Verhältnissen, die an Staatskunst und Arbeitskraft die höchsten Anforderungen stellten, habe Stresemann in unermüd-

Preissturz um 50 Prozent in Hamburg.

Hamburg, 1. Dezember. Unter dem Einfluß der verschwindenden Papiermark hat seit gestern in Hamburg eine scharf rückläufige Bewegung der Preise für Lebensmittel, Bedarfsartikel usw. eingesetzt. Der Rückgang beträgt im Augenblick durchschnittlich 50 Prozent, besonders für Fleisch, Schuhe, Fettwaren usw. Restaurationen, Hotels usw. ermäßigten heute ihre Preise ebenfalls bis um 50 Prozent. Auch die Hamburger Straßenbahn-Gesellschaft setzt ihre Preise von morgen ab um 33⅓ Prozent herab. Die Bevölkerung atmet sichtlich auf. In den Straßen tummelt sich eine kauflustige Menge.

Herabsetzung der Fleischpreise.

Berlin, 1. Dezember. Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft fand am 30. November mit Vertretern des Fleischergewerbes eine Besprechung wegen Herabsetzung der Fleischpreise statt. Die Beteiligten wurden aufgefordert, die gegenwärtigen Preise unverzüglich herabzusetzen und für die Zukunft die Preise auf der Grundlage der tatsächlichen Gestehungskosten und unter Einrechnung eines Gewinnzuschlags, der den im Frieden für die Gewichtseinheit gehabten Verdienst keinesfalls überschreiten darf, in Goldmark neu festzusetzen. Die Vertreter des Fleischergewerbes sagten zu, daß sie in ihren Kreisen auf die Einhaltung dieser Richtlinien hinwirken werden.

Allgemeine Senkung der Lebensmittelpreise.

Berlin, 1. Dezember. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wird in ähnlicher Weise wie das Vorgehen zur Senkung der Fleischpreise auch mit andern Zweigen des Nahrungsmittelgewerbes und -handels ins Benehmen treten, um eine allgemeine Senkung der hohen Lebensmittelpreise zu erzielen.

Die Rentenmark wird verallgemeinert.

Berlin, 2. Dezember. Die Fertigstellung der Rentenmarkscheine ist so weit vorgeschritten, daß von jetzt ab Stücke auch auf dem Wege über Banken und Bankfirmen bezogen werden können.

Das Kabinett Marx verlangt sein Ermächtigungsgesetz.

Berlin, 2. Dezember. Das Reichskabinett hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, dem Reichstag in seiner ersten Sitzung am Dienstag, den 4. Dezember, ein Ermächtigungsgesetz vorzulegen, durch das die Regierung die Vollmachten erhält, um Maßnahmen zu treffen, die im Hinblick auf die Not des Volkes und Reiches notwendig und dringend sind. Die Geltungsdauer des Gesetzes, das sich als ein ausgesprochenes Notgesetz charakterisiert, soll auf kurze Zeit beschränkt werden.

Die Beamten sollen den Anfang machen.

Berlin, 2. Dezember. In der Kabinettssitzung, die gestern mittag stattfand, ist u. a. der Beschluß gefaßt worden, den Innenminister zu beauftragen, daß er schnellstens eine Verordnug ausarbeite und zur Beschlußfassung dem Kabinett vorlege, durch welche die Arbeitszeit der Beamten einschließlich der Pausen auf zehn Stunden festgesetzt wird.

Rücktritt Eberts und nationale Diktatur gefordert.

Die in Berlin versammelten Vertreter der Vereinigten Vaterländischen Verbände haben einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

„Die Weimarer Verfassung hat sich als gänzlich unfähig erwiesen, dem deutschen Volke Arbeit, Ernährung und Schutz vor fremden Uebergriffen und inneren Unruhen zu sichern. Der Reichspräsident mußte demnach die Folgerung einer vollständigen Abkehr vom Parlamentarismus zur nationalen Diktatur ziehen, die allein Deutschland noch zu retten vermag. Denn auch die jetzige Zusammensetzung der Reichsregierung können wir trotz der Hochachtung vor einzelnen ihrer Mitglieder nicht als eine Lösung der Regierungsfrage ansehen. Wir fordern nach wie vor eine um den Chef der Heeresleitung zu bildende nationale Diktatur von Männern, die sich von jeder Bindung an Reichstag und an die Straße innerlich frei fühlen. Diese allein Aussicht auf Rettung bietende Entwirrung der verzweifelten Lage wird durch das Verbleiben des jetzigen Reichspräsidenten im Amte gehemmt. Wir fordern deshalb von seinem Verantwortungsgefühl, daß er durch seinen Rücktritt die Bahn für eine gesunde Entwicklung freimache."

Dorten „regiert" im Emser Kurhause.

Paris, 2. Dezember. Havas meldet aus Mainz, daß sich gestern in Koblenz wiederum eine provisorische separatistische Regierung gebildet habe, an deren Spitze Dorten stehe. Diese neue rheinische Regierung habe zwar Koblenz zur sogenannten Hauptstadt erwählt, jedoch vorläufig ihren Sitz im Kurhause in Ems aufgeschlagen.

SLUB
Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff
WILSDRUFF

ger Tätigkeit alle Kräfte vorangesetzt, des guten Willens von außen wie der hierdurch entstandenen Zwietracht und Not im Innern Herr zu werden. Daß er seine Mitarbeit als Reichsminister des Auswärtigen auch der neugebildeten Reichsregierung zur Verfügung gestellt habe, begrüßt der Reichspräsident ganz besonders.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Notgemeinschaft in Bayern.

Nunmehr ist unter dem Titel „Notgemeinschaft in Bayern" ein großzügiges freiwilliges Hilfswerk zur praktischen und schnellen Linderung der drohenden Hungersnot eingerichtet worden. Es sollen Suppenküchen und Wärmestuben in allen Notbezirken errichtet, Sammlung von Lebensmitteln und Brennstoffen eingeleitet, Werbung für tatkräftige Einzelhilfe durchgeführt und eine kontrollierte Verteilung von Lebensmittelspenden an charitative Verbände in Stadt und Land vorgenommen werden. Der Arbeitsausschuß der bayerischen Notgemeinschaft hat bereits einen Aufruf erlassen.

Das Märchen über deutsche Rüstungen.

Das englisch-amtliche Bureau Reuter erklärt, seine Meldung über die deutschen Rüstungen sei durch Erkundigungen über telegraphische Berichte aus Berlin und Paris veranlaßt gewesen, die dem General Bingham zugeschrieben wurden. Die der Meldung zugrundeliegende Information stamme von maßgebender Seite, sie sei aber in keiner Hinsicht amtlich gewesen und rühre auch nicht aus französischer Quelle her.

Sonderbündlerpräsident Matthes verjagt.

Matthes, der Führer der Sonderbündler im Koblenzer Schloß, ist auf Veranlassung der Franzosen durch die Schloßwache gezwungen worden, seines Postens als Chef der provisorischen Regierung zu entsagen. Außerdem wurden zwei sogenannte Minister verhaftet. Viele von den Sonderbündlern ziehen sich zurück, da die Unterstützung der Franzosen, die für den Tag 10 Franken beträgt, auszubleiben beginnt.

Zehnstundentag für Beamte.

Die Vossische Zeitung will wissen, daß der Reichsminister des Innern schnellstens eine Verordnung vorbereiten und dem Kabinett zur Beschlußfassung vorlegen will, in der die Arbeitszeit der Beamten einschließlich der Pausen auf 10 Stunden täglich festgesetzt wird.

Schweiz.

× **Hilfsaktion der schweizerischen Gewerkschaften für deutsche Arbeiter.** Für die deutsche Arbeiterbevölkerung wollen der Schweizerische Gewerkschaftsbund, die Sozialdemokratische und die Kommunistische Partei der Schweiz gemeinsam eine öffentliche Sammlung von Geld, Lebensmitteln und Kleidern eröffnen. Ferner hat der Schweizerische Gewerkschaftsbund eine Hilfsaktion eingeleitet, die verhindern soll, daß die deutschen Gewerkschaften dem deutschen Valutaelend zum Opfer fallen. Die dazu nötigen Mittel wollen die dem Bund angeschlossenen Zentralverbände aus ihren Zentral- und Sektionskassen aufbringen. Einige haben auch schon die Erhebung von Extrabeiträgen beschlossen. Der Gewerkschaftsbund selbst hat aus seinem Vermögen einen größeren Frankenbetrag nach Deutschland abgehen lassen.

Italien.

× **Annäherung an Rußland.** In der Kammer führte Mussolini aus, Italien habe keinen Grund, der Sowjetrepublik die rechtliche Anerkennung fernerhin zu verweigern, da eine solche Anerkennung im nationalen Interesse Italiens liege. Auch Frankreich habe unter dem Deckmantel einer Kommission von Privatleuten eine Abordnung nach Moskau geschickt. Dafür aber, daß Italien Rußland eine solche Gefälligkeit erweise, müsse Rußland Italien wirtschaftliche Zugeständnisse machen. Wenn die aus Moskau in Rom eingetroffene Kommission von der gleichen Absicht beseelt sei, wie Italien, dann werde die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen bald verwirklicht werden.

Amerikas Programm.

Hughes' Erklärungen.

Staatssekretär Hughes erklärte in einer Ansprache bei Gelegenheit der Jahrhundertfeier der Monroe-Doktrin (Amerika nur für sich), die Vereinigten Staaten seien aus dem Kriege mit denselben Zielen hervorgegangen, mit denen sie in ihn eingetreten wären. Obwohl sie Sieger gewesen seien, hätten sie weder Gebietszuwachs noch Reparationen gesucht. Sie wünschten, daß Frankreich gedeihe und Sicherheiten erlange, daß seine Wunden heilten und seine gerechten Forderungen erfüllt würden. Ebenso wünschten sie

ein geeinigtes und gedeihendes Deutschland

zu sehen, das den Willen habe, Frieden zu halten und bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit Wiedergutmachungen zu leisten, und das angemessenen Lohn für seine Arbeit und Tüchtigkeit erlange. Sie wünschten die Feuer des Hasses ausgelöscht zu sehen. Die Vereinigten Staaten seien immer noch Bündnissen abgeneigt und weigerten sich, sich von vornherein dem auszusetzen, daß sie ihre Macht für unbekannte Möglichkeiten verwendeten. Sie behielten sich vor, zu handeln, wie Vernunft und Pflicht es gestatteten. Sie forderten faire und gleiche Möglichkeiten in den Mandatsgebieten, da die Alliierten diese mit amerikanischer Hilfe erworben hätten. Sie wünschten zu einer friedlichen Regelung solcher Fragen beizutragen, wie sie es verantworten könnten. Zum Schluß kündigte Hughes an, daß die Vereinigten Staaten bald eine Reihe von Meistbegünstigungsverträgen mit den latein-amerikanischen Nationen abzuschließen suchen würden.

Bahnverkehr im besetzten Gebiet.

Deutsch-französische Verständigung in Sicht.

Im Interesse der Wiederbelebung des Verkehrs der besetzten Gebiete sind zwischen der deutschen Reichsbahn und der französisch-belgischen Eisenbahnregie in Mainz Verhandlungen über eine Verständigung geführt worden. Diese haben nunmehr im Gegensatz zu früheren Verhandlungen einen solchen Lauf genommen, daß die Zustimmung der deutschen Vertragsseite, vorbehaltlich der Genehmigung durch das Reichskabinett, erwartet werden kann.

Mehrarbeit im Ruhrkohlenbergbau.

Vereinbarung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Um eine baldige Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrbergbau zu ermöglichen, und um durch reichlichere und billigere Versorgung der Wirtschaft mit deutscher Steinkohle der Arbeitslosigkeit zu steuern und den Kohlenmangel zu beheben, haben die Vertreter des Zechenverbandes und der Gewerkschaften im Reichsarbeitsministerium eine Vereinbarung über Mehrarbeit getroffen. Danach ist beschlossen, daß im Ruhrbergbau die Arbeiter unter Tage, sowie die mit der Förderung unmittelbar zusammenhängenden Arbeiten über Tage eine Stunde Mehrarbeit pro Tagesschicht leisten. Für die übrigen Arbeiter über Tage soll in Verbindung mit der Großindustrie baldigst eine Regelung der Arbeitszeit getroffen werden.

Die Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer waren darüber einig, daß zur möglichst baldigen Erreichung der Friedensleistung im Kohlenbergbau alle in der Technik, der Organisation und der Arbeitsleistung des Bergbaues möglichen Verbesserungen ohne Verzug durchgeführt werden müssen. Bis zum 1. Februar 1924 werden die Vertreter der Verbände unter Mitwirkung des Reichsarbeitsministeriums und des Reichswirtschaftsministeriums erneut zusammentreten, um festzustellen, ob dieses Ziel erreicht ist, oder welche weiteren Mittel etwa zu seiner Erreichung notwendig sind.

Deutsche Stellung zum Industrievertrag.

Note an die Reparationskommission.

Die deutsche Regierung hat den zwischen dem Bergbaulichen Verein und den französischen Beauftragten abgeschlossenen Vertrag zur Kenntnis der Reparationskommission gebracht. In der Note, mit der dies geschah, wiederholt die Reichsregierung ihre Erklärung, daß sie damit weder die von Frankreich und Belgien durchgeführte Ruhrbesetzung noch die von diesen Mächten im Ruhrgebiet und in den sonstigen besetzten Gebieten getriebene Pfänderpolitik, noch das neuerdings gewählte Verfahren unmittelbarer Verträge der Besatzungsbehörden mit deutschen Werken als rechtmäßig anerkennt. Nachdem es nun aber zum Abschluß des Vertrages gekommen ist, müsse die deutsche Regierung wenigstens Wert darauf legen, daß die Sachleistungen und Zahlungen, die auf Grund des Abkommens vom 23. November den Besatzungsmächten zugeflossen sind und zufließen werden, in voller Höhe auf die Reparationsverpflichtungen verrechnet werden. Die deutsche Regierung bitte, eine grundsätzliche Entscheidung hierüber alsbald herbeizuführen.

Aufruf zur deutschen Nothilfe.

Schwerste wirtschaftliche Not lastet auf dem deutschen Volke. Ins Unermeßliche gestiegen ist das Elend. Kinder und Greise hungern. Millionen schaffensfreudiger Männer und Frauen sind durch den Druck, der auf den besetzten Gebieten an Rhein und Ruhr lastet, aus Arbeit und Verdienst getrieben. Not und Elend sind so groß, der Darbenden so viele, daß die Kraft des Staates allein nicht ausreicht. In aufopfernder Notgemeinschaft muß daher das deutsche Volk die zusammenbrechende Hilfe von Reich und Ländern stützen und das drohende Unheil abwenden. An alle Deutschen ergeht darum der Ruf: Helft mit Geld und Gut! Gedenkt aller Deutschen, die hinsiechen in Hunger und Entbehrung. Gedenkt insbesondere der ungeheuren Leiden, die eure Brüder und Schwestern im Westen seit vielen Monaten erdulden. Gedenkt des Verzweiflungskampfes, den sie jetzt um das nackte Dasein, um ihre Zugehörigkeit zum Reiche führen. Teilt, was ihr irgend entbehren könnt, mit euren darbenden Volksgenossen! Aber nicht nur an Deutsche ergeht der Ruf, sondern an alle, die mitfühlen können mit dem furchtbaren Schicksal des gequälten deutschen Volkes. Im Kampfe gegen die Hungersnot schließt sich das deutsche Volk zu einer großen Notgemeinschaft zusammen. Sämtliche gleichgerichtete Hilfsaktionen und Sammelorganisationen wirken in ihrem Dienst. Deutsche Nothilfe soll sie heißen. Folgt ihrem Ruf!

Der Reichspräsident. Die Reichsregierung.

Die Regierungen der deutschen Länder.

Die Reichsgeschäftsstelle befindet sich Berlin W. 8, Wilhelmstraße 62. Reichsbankgirokonto. Postscheckkonto Berlin 156 000. Spenden nehmen alle Banken, Sparkassen und Postanstalten entgegen. Die Durchführung der Sammlung „Deutsche Nothilfe" ist den bestehenden Organen des Deutschen Volksopfers übertragen worden. Es wird also keine neue Organisation geschaffen.

Die Frage der Arbeitszeit.

Stellungnahme des Gewerkschaftsringes.

Die führenden Vertreter des Gewerkschaftsringes haben zu der stark umstrittenen Frage der Beseitigung des Achtstundentages eingehend Stellung genommen. Sie erklärten, sie seien durchaus einverstanden, daß die Steigerung der Produktion die wesentlichste Voraussetzung für die Wiederaufrichtung der Wirtschaft sei, nicht aber, daß diese Produktionssteigerung nur durch Verlängerung der Arbeitszeit erreicht werden könnte. Es werde daher grundsätzlich an dem Achtstundentag festgehalten, nicht aber an der schematischen Anwendung. Die Führerschaft des Ringes sei sich mit der gesamten Mitgliedschaft darin einig, daß im Rahmen des Vorgesagten alle Opfer gebracht werden, um die Notlage von Land und Volk zu lindern. Diese Opfer zu bringen, werden die Arbeitnehmer aber solange ablehnen müssen, wie sie berechtigterweise die Auffassung haben könnten, daß der Nutzerfolg einer Produktionssteigerung nicht der Volksgesamtheit zugute käme. Voraussetzung sei infolgedessen, daß den Arbeitnehmern die Möglichkeit gegeben werde, an der Gestaltung der Wirtschaft und des Staates positiv als Vertreter der Arbeitskraft mitzuwirken.

Flammen.

50)

Roman von Hans Schulze.

Dazwischen hämmerte der Motor, hart und rastlos, daß es aus dem rhythmischen Stampfen der Maschine allmählich in alle Nerven überfloß.

Jetzt zuckte ein gewaltiger Blitz düsterrot, die schwarze Wolkenwand riß auf einmal wie ein Zunder von oben bis unten auseinander.

Eine riesige Staubwolke wälzte sich über den Straßendamm.

Dann schmetterte ein Donnerschlag, kurz, scharf, vernichtend, daß der schmale Torpedoleib des Autos in allen Fugen erbebte.

Der Chauffeur wandte den Kopf.

„Wir fahren gerade in das Gewitter hinein!"

Graf Eickstädt nickte gleichgültig.

„Nehmen Sie die dritte Geschwindigkeit!" — — —

Wie ein abgeschossener Pfeil schoß der Wagen durch den tobenden Kampf der Elemente.

Der Regen rauschte in dicken Strömen fast lotrecht herab, daß sich die ganze Straße in wenigen Augenblicken in ein zähes Schlamm-Meer verwandelte.

Endlose Donner rollten über den nachtschwarzen Himmel, die Blitze lohten in fernhin gleißendem Reflex wie die Breitseiten eines Gespensterschiffes.

Der Wald stöhnte, Aeste krachten.

Wie ein rasender Riese stampfte das zerstörende Wetter einher, der sich in wahnsinniger Vernichtungswut durch den hohen Kiefernhorst seine Gassen hieb.

Graf Eickstädt hatte beide Hände tief in das Leder des Rücksitzes gegraben.

Der Wind riß ihm fast den Atem vom Munde, seine Augen brannten, er fühlte sich bis auf die Hut durchnäßt.

Doch er achtete all dessen nicht.

Ihm wars auf einmal, als weite sich ihm die Brust in diesem sinnbetäubenden Jagen, als sänke etwas Schweres, kaum mehr Ertragbares von ihm, das seine Seele wie ein erstickender Reif umspannt gehalten hatte.

Und immer noch wuchs die Schnelligkeit der Maschine, schoß der Wagen in langen, eisenklirrenden Sätzen durch hochaufspritzende Wasserlachen, als ob es einen Wettlauf gelte mit dem sausenden Flug der Gewitterwolken.

Jetzt glitt das Auto wieder zum Walde hinaus.

Die Straße sank in eine tiefeingesattelte Talschlucht.

Die Bremsen zogen an, daß der Gleitschutz Flammen zu sprühen schien.

Der offene Auspuff trommelte wie ein Schnellfeuergeschütz. Auf dem Hügelande zur Rechten tauchte das scharfumrissene Schattenbild einer Windmühle auf; ihre weitklaffenden Flügel griffen wie gespenstige Fänge in die massiggeballten Wolkenzüge.

Eine Dorfstraße flog vorbei.

Dann öffnete sich wieder das ebene Land, schwarz, unabsehbar, wie erdrückt von der tiefen, sternenlosen Nacht.

Nur in der Richtung von Greifenhagen stand eine grelle, unerbittliche Helle, die wie ein tückisches Raubtierauge durch die drohende Finsternis herüberzuckte.

Der Graf fuhr auf.

„Es brennt daheim!" sagte er tonlos.

— — — — — — — — — — — — — —

Eine Viertelstunde später hielt der Wagen am Eingange des Gutshofes.

Trotz des strömenden Regens brannte die große Getreidescheune, auf deren Kornboden noch ein Teil der vorjährigen Ernte lagerte, wie ein lohendes Fanal.

Zuweilen trat der hohe, steile Giebel mit seinem weißglühenden Sparrengerippe in kaum geahnten Umrissen aus den lodernden Flammen heraus, um dann im nächsten Augenblick in einem wogenden Feuermeer wieder vollständig unterzugehen.

Quer über die ganze Seite des Hofes fegte ein unablässiger Funkenschauer und beschoß die gegenüberliegenden Ställe.

Darüber lastete eine mächtige, schwarze Qualmwolke wie eine zweite Gewitternacht, in die brennende Strohfetzen und Garbenbündel gleich riesigen Raketen zischend hineinwirbelten.

Eine dichte Menschenmenge stieß und drängte sich mit Geheul und wüsten Bewegungen um den weiten Hitzenring, den sich die Glut geschaffen hatte.

Allenthalben ein Rennen und Laufen, ein Rufen und Schreien, Rauch, Feuer, Verwirrung.

Ein Schaf blökte und lief wie toll im Kreise umher, dahinter ein losgerissenes Pferd mit langschleifenden Strängen. Männer schleppten allerlei Hausrat aus den Knechtekammern des Leutehauses.

Eine alte Bettstelle stand mitten auf dem Wege.

Ballen von Wollzeug waren darauf geschichtet mit elendem geretteten Plunder, und ganz zu oberst lag ein umgestürzter Käfig, in dem ein Vögelchen ängstlich herumflatterte.

Graf Eickstädt sprang aus dem Wagen und drängte sich zur Gutsfeuerwehr hindurch, die in Rauch und Gluthauch fieberhaft arbeitete.

In ununterbrochener Folge jagten die Feuertonnen von der Brandstelle zum Parkteich und dann wieder zur Scheune zurück mit dumpfem Gepolter und hochaufspritzendem Wasserüberschuß.

Jetzt erst bemerkte er den alten Amtmann Warkentin.

Barhäuptig stand er auf einem Leiterwagen.

Sein weißes Haar wehte im Winde.

Seine Bärenstimme beherrschte in dröhnenden Befehlen den ganzen, weiten Platz.

Neben ihm an der Wagendeichsel lehnte die Baronin Löhna und sprach tröstend auf eine Schar von Kindern und Tagelöhnerfrauen ein, die sich jammernd und weinend um sie gesammelt hatte.

Da drängten die Massen auf einmal wild zurück.

Das brennende Strohdach der Scheune war heruntergeschossen und umgab die starrenden Mauerruinen wie ein riesiger Flammenwall.

„Das Läutehaus!" schrie plötzlich jemand aus dem dichten Menschknäuel.

Unwillkürlich sah alles nach dem alten Gebäude hinüber.

Eine kleine, blaue Flamme lief wie mit hurtigen Füßen blitzschnell über den Rand des hohen Giebelfirstes.

Dann leckten auf einmal gierige rote Zungen allenthalben zu den Luken heraus.

Ein paar Herzschläge später brannte der ganze Dachstuhl lichterloh. — —

In diesem Augenblick rasselte ein langer Wagenzug zum Gutshof herein.

Pechfackeln lohten, Helme blitzten, eine Glocke gellte schaurig-durchdringend.

Voran auf dampfendem Gaul ein Reiter, ohne Hut mit wirrem Haar, über und über mit Kot bespritzt.

„Ich bringe Ihnen die Pahlowitzer Dorfwehr, Herr Graf!"

Ein kurzer, kräftiger Händedruck.

„Ich danke Ihnen, Herr von Alsleben! Hilfe tut not!"

Alsleben richtete sich höher in den Bügeln empor.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB
Wir führen Wissen.
Heimatmuseum
der Stadt Wilsdruff
WILSDRUFF

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen für diese Rubrik nehmen wir immer dankbar entgegen.

Wilsdruff, 3. Dezember 1923.

Wuchert die Landwirtschaft?

Die Veröffentlichungen unter dieser Spitzmarke in den Nummern 139 und 141 des „Wilsdruffer Tageblattes" haben allgemeines Interesse wachgerufen. An zahlreichen Stellen wurde am Sonnabend wie auch am Sonntag die Frage erörtert: „Ist der hohe Brotpreis berechtigt oder nicht?" Daß er nicht berechtigt ist, beweist eine Zuschrift von sehr geschätzter Seite aus unserer Leserschaft, die an Hand sach- und fachkundiger Berechnungen und Gegenüberstellungen das Unbillige der übertrieben hohen Brotpreise ziffernmäßig nachweist. Wir veröffentlichen sie hier im Wortlaut:

„Ihrer Aufforderung zufolge stelle ich Ihnen folgende Aufstellung zur Verfügung: Zur Herstellung guten Brotes genügt eine Ausmahlung von 80 Prozent, das heißt: wenn ich heute einen Zentner Roggen zum Mahlen in die Mühle gebe, so erhalte ich bei 80prozentiger Ausmahlung zurück: 71 Pfund Mehl und 13 Pfund Kleie = i. Sa. 84 Pfund. 11 Pfund Roggen behält die Mühle als Mahllohn (sogenannte Metze) für sich und weitere 5 Pfund werden als „Schwund" gerechnet. Ich setze nun gemäß Dresdner Notierung vom 30. November 9,75 Pfennige für 1 Pfund Roggen ein. Demnach Wert von 71 Pfund Mehl und 13 Pfund Kleie = 9,75 Mark. Davon die 13 Pfund Kleie je 4,1 Pfg. = 53,3 Pfg., davon die 71 Pfund Mehl je 13 Pfg. = 9,23 Mark, zusammen 9,76 Mark. Wenn nun die Mühle noch weitere 10 Prozent als Verdienst beim Verkauf anrechnet, so ergiebt dies für 1 Pfund Mehl 14,3 Pfg. Der Bäcker soll nun auch nochmals 6 Prozent für Anfuhr, Schwund, Sackabnutzung berechnen, so ergeben sich 15,20 Pfg. für 1 Pfund Mehl. Für 4 Pfund Brot braucht der Bäcker 3 Pfund Mehl. Als Backlohn verlangt er 1 Pfund Mehl, also 4 Pfund Mehl = 4 Pfund Brot oder 4 : 15,20 = 60,8 Pfennige für ein 4-Pfund-Brot. Ich will nun aber vielleicht noch unbeachtet gelassene Unkosten, Frachten, Umsatzsteuern usw. nochmals in Höhe von 8 Prozent dazurechnen, das ergiebt dann einen Brotpreis von rund

66 Pfennigen für ein 4-Pfund-Brot

oder 16,5 Pfg. für 1 Pfund Brot oder nach Roggenmenge gerechnet: Der Dresdner Notierungspreis von 1,7 Pfund Roggen ist gleich dem Preise von 1 Pfund Brot.

In zu erwartender Entgegnung wird es zwar heißen: Zu gutem Brot brauchen oder können wir nur 70prozentiges Mehl verwenden und das ist natürlich viel teurer. Ich behaupte: Bei einwandfreier Ausmahlung und Verbackung genügt 80prozentige Ausmahlung vollkommen. Im übrigen können die zuletzt zugebilligten 8 Prozent nur in manchen Fällen voll eingestellt werden. Zu beachten ist, daß der Mahllohn (Metze) am 30. September 1923 nur 8 Pfund je Zentner betrug und später auf 10 und 11 Pfund heraufgesetzt wurde. Früher betrug der Mahllohn den Wert von 5½ bis 6½ Pfund Getreide je Zentner. Nach meiner Berechnung müßte sich bei einem Roggenpreis von 9,75 Mark das Pfund Roggenmehl (80prozentig) ab Mühle auf 14,6 Pfg. oder sagen wir rund auf 15 Pfg. stellen. Die Rossener Produktenbörse notierte am 30. November als Ortspreis 19,5 Pfg. bei einem Roggenpreis von 9,60 Mark je Zentner und einem Kleiepreis von 4,75 Mark je Zentner. Dresden notierte am 30. November: Roggenmehl (Type 70 %) 21,50 Mark je Zentner, Berlin am 30. November: Roggenmehl (ohne nähere Angabe) 16 Mark je Zentner. Vor dem Kriege erhielt man vom Bäcker im Tauschverfahren für 110 bis 120 Pfund Roggen 100 Pfund gutes Brot."

So, Ihr Herren Müller und Bäcker, nun habt Ihr das Wort!

Der Weihnachtsmonat Dezember ist gekommen und bringt, wie alljährlich, jene wundervolle Stimmung mit, die aus den Vorbereitungen für das herannahende Christfest heraus geboren ist und den Dezember dadurch zum anheimelndsten aller Monate macht. Kälte, Schnee und unwirtliche Witterung draußen lassen das behaglich erwärmte Heim doppelt traulich und gemütlich erscheinen. Mildes Lampenlicht fließt in alle Ecken und Winkel des Zimmers, und überall sieht man irgend ein Familienmitglied mit geheimnisvollen Vorbereitungen für irgend ein Weihnachtsgeschenk beschäftigt. Große Angst vor Ueberraschungen durch denjenigen, dem demnächst das Geschenk zugedacht ist, läßt das Benehmen jedes Einzelnen noch doppelt geheimnisvoll erscheinen. Kurz und gut: der Dezembermonat ist der echte rechte Monat des deutschen Heims und seiner Gemütlichkeit. — Aber auch draußen im Freien trägt der Dezember im allgemeinen einen Charakter, durch den er sich vorteilhaft von seinem Vorgänger, dem November, unterscheidet. Das im November fast sprichwörtlich gewordene trübe, regnerische und dunkle Wetter pflegt im Verlaufe des Dezember regelmäßig einer klaren und reinlicheren Witterung Platz zu machen. Schneefälle, die im November meistens schon vor der Berührung der Flocken mit dem Erdboden zu Suppe und Schmutz zerrinnen, pflegen im Dezember meistens schon liegen zu bleiben und verhelfen dadurch dann der ganzen Landschaft zu einem echt weihnachtlichen Aussehen. Hin und wieder bringt auch der Dezember bereits soviel Kälte mit sich, daß es zu regelrechter Eisbildung noch vor Weihnachten kommt. Damit ist dann namentlich für unsere Jugend noch ein besonderer Anlaß gegeben, dem Dezember hold zu sein. Denn nichts ist so sehr nach dem Herzen der Jugend, als ein richtiger, fröhlicher Wintersport, bei dem es blitzende Augen und rote Wangen gibt und außerdem einen Mordsappetit, über den Mutter trotz aller ehrlichen Freude doch oft heimlich die Hände ringt.

Mietefestsetzung für Monat Dezember. Vorbehaltlich einer etwa sich notwendig machenden anderweiten Entscheidung der Kreishauptmannschaft hat der hiesige Stadtrat die Miete für den Monat Dezember auf 4 583 333 333 Grundmiete festgesetzt.

Militärversorgungsberechtigte, sächs. Rubeständler und Sozialrentner können 70 v. H. ihrer durch die Post erhaltenen Bezüge für November gegen Vorlegung der Anweisungsabschnitte beim hiesigen Postamt am 4. Dezember während der Schalterdienststunden gegen wertbeständige Zahlungsmittel umtauschen.

Gänsediebstahl. In der Nacht zum Montag sind in der alten Ziegelei in Wilsdruff zwei Gänse gestohlen worden. Nach den vorhandenen Spuren ist die Tat von zwei Unbekannten ausgeführt worden, die die Gänse im Hofe abgeschlachtet haben. Die Blutspur führte von dort nach der Tharandter Straße und annehmbar sind die blutenden Köpfe auf dem Schnee hingeschleift worden. Die Tat ist wahrscheinlich gegen Morgen ausgeführt worden, da das Blut noch nicht hartgefroren war. Irgendwelche Wahrnehmungen erbittet die Gendarmerie.

Wirtschaftszahlen von der Nachrichtenstelle der Oberpostdirektion: Die Grundbeträge für den Telegraphen- und Fernsprechverkehr sind mit Wirkung vom 1. Dezember an um 50 v. H. erhöht worden. Demnach beträgt vom 1. Dezember an der Grundpreis für ein Gespräch im Ortsverkehr 0,15 Mark (zu vervielfachen mit dem Wert der Steuermark), für ein Gespräch im Vororts- oder Bezirksverkehr 0,30 Mark (ebenfalls mit dem Wert der Steuermark zu vervielfachen).

Dollar: 1. Dezember: 4200000000000
Dollar: 3. Dezember: 4200000000000
1 Goldmark: = 1 Billion Papiermark

Auch die Gemeinden erheben Aufgeld bei Bezahlung in Papiermark. Eine Gemeinde der nahen Umgebung, die noch dazu überwiegend sozialistisch orientiert ist, zieht die Umlage ein zur Deckung des Aufwandes für Viehseuchenentschädigung. Auf der Rückseite des Zettels findet sich folgender Vermerk: „Bei Zahlung der Viehseuchenentschädigung in Papiermark ist ein Aufgeld von 20 Prozent zu zahlen." Bei der Haltung der Sozialdemokratie gegenüber der freien Wirtschaft, die durch Risikoprämien usw. sich vor Verlusten in Papiermark zu schützen sucht, darf man die Frage stellen, mit welcher Begründung dieses hier geforderte Aufgeld gerechtfertigt werden soll? Dem freien Handel wird vorgeworfen, daß er wertbeständige Zahlungsmittel fordert und Papiermark nicht nehmen will. Die Gemeinde tut doch zumindest das gleiche, zwar nicht direkt, aber doch unmißverständlich. Man möchte dazu fragen, was das Wirtschaftsministerium zu dieser Ablehnung der Papiermark durch eine Gemeinde sagt. (Nun ja, die Gemeinde, um die es sich hier handelt, ist ja auch „überwiegend sozialistisch orientiert . . ." —)

Die Rentenmark im Postscheckverkehr. Die Nachrichtenstelle der Oberpostdirektion teilt mit: Auf Grund einer Verordnung des Reichspräsidenten wird der Postscheckverkehr im Einvernehmen mit dem Reichswährungskommissar in den Tagen vom 13. bis 15. Dezember auf Rentenmark umgestellt. Vom 17. Dezember ab werden die Postscheckkunden über ihr Guthaben in Rentenmark verfügen können. Auf diese Weise wird für die Postscheckkunden die Möglichkeit geschaffen — was für die Wirtschaft von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist — Beträge wertbeständig von Konto zu Konto zu überweisen und daneben auch wertbeständige Barzahlungen zu empfangen und zu leisten. Die Weiterführung der Papiermarkkonten neben den Rentenmarkkonten hat sich wegen der Betriebs- und Raumverhältnisse der Postscheckämter nicht ermöglichen lassen. — Die Stammeinlage auf den Rentenmarkkonten wird 5 Rentenmark betragen. Zahlkarten, Ueberweisungen und Schecke müssen auf Rentenmark lauten. Bei Einzahlungen auf Zahlkarte werden neben Rentenmark bis auf weiteres auch die Anleihestücke bis 21 Mark (5 Dollar) der wertbeständigen Anleihe des Deutschen Reiches in Zahlung genommen. Die Schecke werden in Rentenmark ausgezahlt. Stehen die erforderlichen Beträge nicht zur Verfügung, so wird gezahlt, nachdem die Mittel beschafft sind. Der Empfänger kann jedoch die Auszahlung in einem andern vorrätigen Zahlungsmittel zu dem am Morgen des Auszahlungstages geltenden amtlichen Kurse verlangen. — Das auf den Postscheckkonten vorhandene Guthaben wird bis zu einer vom Reichspostminister noch festzusetzenden Höchstgrenze zu dem am Morgen des 14. Dezember geltenden amtlichen Kurse in Rentenmark umgerechnet. Der diese Höchstgrenze überschreitende Teil des Guthabens wird in Papiermark zurückgezahlt. Die Konten der Postscheckkunden, die die Umstellung ihres Kontos nicht wünschen und dies dem Postscheckamt bis 11. Dezember mitteilen, werden nach Rückzahlung der Restguthaben geschlossen. Einzahlungen auf Zahlkarte für Papiermarkkonten werden bei den Postanstalten vom 13. Dezember ab nicht mehr angenommen. Bis zum 12. Dezember bietet sich mithin die Möglichkeit, Postscheckkonten, auf denen sich kein ausreichendes Guthaben befindet, in Papiermark aufzufüllen. Den Postscheckkunden wird nähere Mitteilung in den nächsten Tagen vom Postscheckamt zugehen.

Aus der Landeshauptstadt.

Dresden, 3. Dezember.

Geschäftsverkehr vor Weihnachten. Drei Verkaufs-Sonntage. Den Mitteilungen aus der Gesamtratssitzung vom 20. November 1923 ist zu entnehmen, daß in diesem Jahre nicht wie bisher an vierzehn, sondern nur an zehn dem 1. Weihnachtsfeiertag vorangehenden Werktagen die offenen Verkaufsstellen für den geschäftlichen Verkehr geöffnet sein dürfen und auch nur bis 8 Uhr abends (bisher 9 Uhr). Es kann selbstverständlich jeder Geschäftsmann früher schließen, um Licht, Heizung usw. zu sparen, nur muß die Bestimmung des sächsischen Wirtschaftsministeriums vom 7. November 1923 beachtet werden, nach der im allgemeinen die Verpflichtung zur Offenhaltung der für die Abgabe von Waren bestimmten Geschäftsräume für sämtliche Werktage von mindestens acht Stunden besteht. Da der erste Weihnachtsfeiertag dieses Jahres in die erste Wochenhälfte fällt, können die Geschäfte für den allgemeinen Handel an den Sonntagen, dem 9., 16. und 23. Dezember, von 11 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends offengehalten werden.

Scharfe Kalkulation — keine Rabattgewährung der Bäcker. Verschiedentlich wird jetzt auch in Lebensmittelgeschäften Rabatt bei Zahlung in wertbeständigem Gelde gewährt. Das hat bei einem Teil des brotkaufenden Publikums zu der Annahme geführt, daß doch auch die Bäcker dem Besitzer von wertbeständigem Gelde Rabatt geben, also billiger verkaufen möchten als demjenigen, der nur Papiermark hat. Die hiesigen Bäckermeister erklären dazu, daß sie infolge schärfster Kalkulation bei der Preisbildung ihrer Erzeugnisse zwischen den Käufern mit wertbeständigen Zahlungsmitteln und denen mit Papiermark keinen Unterschied machen können. (Die „schärfste Kalkulation" kann man nur richtig verstehen, wenn man die Abhandlung „Wuchert die Landwirtschaft?" in vorliegender Nummer dieser Zeitung gelesen hat. Sie kalkulieren scharf, sehr scharf, die Müller und Bäcker, — in ihre Taschen!)

Wertbeständiges Notgeld. Dienstag, den 4. Dezember, bietet sich letztmalig Gelegenheit, wertbeständiges Notgeld der Handelskammer Dresden gegen Einzahlung von Papiermark (Reichsbankscheck) zu erwerben. Einzahlungen können Dienstag vormittag von 8 bis ½11 Uhr bewirkt werden. Bei Ueberzeichnung muß Repartierung vorbehalten bleiben. Die Abrechnung erfolgt Donnerstag, den 6. Dezember. Die Notgeldscheine können voraussichtlich von Freitag, den 7. Dezember, an bei der Girozentrale Sachsen in Empfang genommen werden.

Folgen der Hungersnot. Eine neue Hautkrankheit. Epidemisch ist in hiesigen Schulen eine schwere Hautkrankheit aufgetreten. Man glaubte zunächst, Fälle von Krätze vor sich zu haben. Die eingehende Untersuchung der erkrankten Kinder ergab jedoch, daß diese Krankheit auf vollständige Unterernährung des Körpers und damit auch der Haut zurückzuführen ist. Helft alle, unsere armen Kinder vor diesen entsetzlichen Folgen der Hungersnot zu retten! Das Sächsische Volksopfer soll vielen Tausenden hungernder Kinder Essen schaffen. Gebt rasch, gebt reichlich! Eile tut not.

Stiftung Kinderheilanstalt. Auf Anregung des Verwaltungsrats der Stiftung Kinderheilanstalt in Dresden hat sich ein Werbeausschuß gebildet, dessen Aufgabe die finanzielle Beschaffung der Mittel zum Wiederaufbau der zur Zeit stillgelegten Kinderheilanstalt ist. Der Ausschuß steht außerhalb und getrennt von dem inneren Betrieb der Anstalt selbst.

Weitere Säuberung innerhalb der Polizei. Das Wehrkreiskommando setzt die Bemühungen fort, die Polizei auf überparteiliche Grundlage zu stellen; wie verlautet, werden in den nächsten Tagen im Bereich der sächsischen Staatspolizeiverwaltung eine weitere Anzahl Beamte vom Dienst entfernt.

Zeichnet für das „Sächsische Volksopfer",

die einheitliche Hilfeleistung sämtlicher sächsischer Berufsstände für **alle** Notleidenden.

Annahmestelle in unserer Zeitung.

Aus dem Freistaat Sachsen.

Wittgendorf. In der Nacht zum Sonntag wurde dem Gutsbesitzer Gustav Fröhlich eine mindestens 12 Zentner schwere Kuh gestohlen.

Stollberg. (Edle Gesinnung!) Ein hiesiger Unternehmer, der in der Vorkriegszeit zwei Hypotheken auf seinem Grundstück ruhen hatte und während des Valutasturzes der Mark jederzeit in der Lage gewesen wäre, seine Hypotheken abzustoßen, hat seinen beiden Gläubigern mitgeteilt, daß er die Zinsleistung für die in der Vorkriegszeit erhaltene Hypothek in Rentenmark erledigen will, also die damals in Goldwert erhaltene Hypothek auch als Goldwert weiter anerkennt. Die Rückzahlung erfolgte bei ihm lediglich aus dem Grunde nicht, weil beide Gläubiger kleine Rentner sind und weil eine Rückzahlung nach seinem Begriff wider jede gute Sitte und wider das Anstandsgefühl ist.

Plauen i. V. Einen Beweis großzügiger Nächstenliebe hat Kaufmann Bruno Schuster erbracht, indem er sich erbot, zu Weihnachten 25 arme Knaben einzukleiden. Mit der Auswahl der Kinder ist das Wohlfahrtsamt betraut. Das Elend in Plauen wird aber auch sehr treffend gekennzeichnet durch die folgende Notiz: Hier wurden in den letzten Tagen in einer einzigen Schule und an einem einzigen Tage acht Kinder vor Hunger ohnmächtig.

Neueste Meldungen.

Die kommende Goldnote.

Berlin, 2. Dezember. Wie zuverlässig verlautet, sind die Verhandlungen zwischen der Reichsbank und der Rentenbank in der Frage der Wirtschaftskredite bereits so weit gediehen, daß die Gewährung der Rentenmarkkredite an die Wirtschaft baldigst erfolgen kann. Es handelt sich dabei um einen Betrag von 1200 Millionen Rentenmark, die in der Form von Wirtschaftskrediten in den Verkehr gebracht werden können. Die Reichsbank beschäftigt sich mit der Ausgabe einer neuen deutschen Goldnote, die neben der Rentenmark in den Verkehr gebracht werden soll.

Russisches Getreide für Deutschland.

Berlin, 1. Dezember. Das in Rußland aus Vertretern der verschiedenen Gewerkschaften gebildete Hilfskomitee, von dem in ganz Rußland Sammlungen zugunsten der Notleidenden in Deutschland veranstaltet werden, hat das Zentralkomitee der Internationalen Arbeiterhilfe telegraphisch davon verständigt, daß es ihm als erste Rate einen Posten von 100 000 Pud Getreide zur Verfügung stellt.

Das preußische Notgeld.

Berlin, 1. Dezember. Auf zahlreiche Nachfragen aus den Kreisen der Wirtschaft nach Überlassung des wertbeständigen preußischen Notgeldes gibt, wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, der preußische Finanzminister im Benehmen mit dem Reichswährungskommissar bekannt, daß eine solche Abgabe nur in sehr beschränktem Umfange und nur gegen hochwertige Devisen erfolgen kann. Das preußische wertbeständige Notgeld wird, gemäß Verfügung des Reichsverkehrsministers und des Reichspostministers an die Reichsbahndirektion bzw. an die Reichspostdirektionen, von allen Eisenbahn- und Postkassen in Zahlung genommen.

Neue 5proz. Roggenwertanleihe des Freistaates Preußen.

Berlin, 1. Dezember. Die preußische Finanzverwaltung wird in der Zeit vom 7. bis 14. Dezember 1923 durch Vermittelung des unter Führung der preußischen Staatsbank (Seehandlung) stehenden Preußen-Konsortiums einen weiteren Betrag der 5proz. preußischen Roggenwertanleihe zur öffentlichen Zeichnung auflegen. Der Zeichnungspreis wird sich dem amtlichen Berliner Börsenkurs der bereits notierten 5proz. Roggenwertanleihe anpassen.

Papiergeldzahlung für Stickstoff.

Berlin, 1. Dezember. Das Stickstoffsyndikat teilt mit, daß alle Reichsbankstellen Papiermarkbeträge, die zur Bezahlung von Stickstoff bestimmt sind, wie bisher und bis auf weiteres annehmen, dieselben aber vom 1. Dezember 1923 ab nicht mehr in Goldanleihe, sondern in Rentenmark zum Kassenkurs des Einzahlungstages umwandeln und dem Stickstoffsyndikat gutschreiben. Voraussetzung bleibt, daß bei der Einzahlung ein Kaufvertrag mit dem Stickstoffsyndikat besteht.

Französisches Mißtrauen gegen Italien.

Basel, 1. Dezember. Der Pariser Korrespondent der „Basler Nachrichten" berichtet im Anschluß an den spanischen Königsbesuch in Rom: man habe in Paris das Gefühl, daß die italienische Diplomatie eine lebhafte Tätigkeit gegen Frankreich entfalte. Die Überlegungen, die sich an die spanisch-italienischen Annäherungen knüpften, hätten jedenfalls die Franzosen daran erinnert, daß sie den Blick nicht ausschließlich auf den Rhein und auf Deutschland heften dürften.

Deutsche Kinder nach Dänemark.

Kopenhagen, 1. Dezember. Wie die Dänische Kinderhilfe mitteilt, sollen im Winter außer den bereits vorhandenen noch viertausend deutsche Ferienkinder nach Dänemark gebracht werden. Das Komitee erklärt sich bereit, sämtliche Kosten für Unterbringung und Verpflegung einschließlich der Reise von der dänischen Grenze an übernehmen zu wollen.

SLUB Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF

Handel und Verkehr.

In Millionen Mk. **Was kosten fremde Werte?** In Millionen Mk.

Börsenplätze	1. 12. gesucht	1. 12. angeb.	30. 11. gesucht	30. 11. angeb.
Holland 1 Guld.	1 596 000	1 604 000	1 596 000	1 604 000
Dänemark 1 Kr.	758 100	761 900	758 100	761 900
Schweden 1 Kr.	1 105 230	1 110 770	1 101 240	1 110 770
Norwegen 1 Kr.	634 410	637 590	638 400	641 600
Finnland Mark	103 740	104 260	105 230	108 270
Amerika 1 Doll.	**4189500**	**4210500**	**4189500**	**4210500**
England 1 Pfd.	18 354 000	18 446 000	18 354 000	18 446 000
Schweiz 1 Fr.	738 150	741 850	734 160	737 840
Frankreich 1 Fr.	227 430	228 570	227 430	228 570
Belgien 1 Fr.	195 510	196 490	195 510	196 490
Italien 1 Lira	181 545	182 455	181 545	182 455
Tschechien 1 Kr.	121 695	122 305	121 695	122 305
Österr. 1000 Kr.	59 850	60 150	59 850	60 150
Ungarn 1000 Kr.	219 450	220 550	219 450	220 550

Deutsche Werte am 1. Dezember.

Eine Rentenmark	1 Billion Papiermark
Dollarschatzanweisungen . . .	4.4 Bill. „
Goldanleihe (1 Dollar) amtlich .	4200 Milliard. Papierm.
Ein Goldpfennig	10 „ „
Eine Goldmark	1000 „ „

* Ostdevisen am 1. Dezember in Berlin: Auszahlung Bukarest 20 895—21 105, Riga 16 872—17 128, Reval 11 910 bis 12 090. Kowno 415 800—424 200, Kattowitz 1 333—1 367, 2½ % resp. Noten: Lett. Rubel 16 087—16 913, estn. Mark 11 210 bis 11 790.

* **Berliner Produktenmarkt** vom 1. Dezember 1923. Amtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse. Getreide und Ölsaaten pro 1000 Kilogramm, sonst pro 100 Kilogramm. In Goldmark der Goldanleihe oder in Rentenmark. Weizen märkischer 194—200. Ruhig. Roggen märkischer 174—178, westpreußischer 172—174. Ruhig. Gerste, Sommergerste 194—200. Ruhig. Hafer märkischer 160—164. Ruhig. Weizenmehl pro 100 Kilogramm frei Berlin brutto inkl. Sack 33—36,50. Feinste Marken über Notiz. Ruhig. Roggenmehl pro 100 Kilogramm frei Berlin brutto inkl. Sack 30—33. Ruhig. Weizenkleie frei Berlin 7,60—7,80. Stetig. Roggenkleie frei Berlin 7,60—7,80. Stetig. Raps 335—340. Stetig. Viktoriaerbsen 45—55, kleine Speiseerbsen 33—36, Peluschken 17—19, Seradella 20—23, Rapskuchen 13, Trockenschnitzel 8, Torfmelasse 30-70, Kartoffelflocken 18—19.

Goldpfennig und Goldmark zur Papiermark

nach dem Goldmark- und Dollarstande

vom 3. Dezember 1923:

1 Goldpfennig . .	**10 000 000 000**	**Papiermark**
5 Goldpfennige . .	**50 000 000 000**	„
10 Goldpfennige . .	**100 000 000 000**	„
25 Goldpfennige . .	**250 000 000 000**	„
50 Goldpfennige . .	**500 000 000 000**	„
1 Goldmark . . .	**1 000 000 000 000**	„
1 Dollar	**4 200 000 000 000**	„

Briefkasten.

„Ein Unterschied muß sein!" Ja gewiß ist zwischen Bienen- und Wespenstich ein Unterschied! Die Giftwirkung dieser beiden schmerzhaften Insektenstiche ist recht verschieden, da sie in erster Linie durch die Art des Giftes, das beim Stich in die Wunde gelangt, bedingt wird. Die Wirkung des Bienenstichs beruht darauf, daß die Biene aus ihrem Stachel Ameisensäure abscheidet, deshalb wird der Schmerz auch am besten durch die Behandlung mit Alkalien, wie z. B. Ammoniak, bekämpft. Eine trotz der Aehnlichkeit der Schmerzempfindung ganz entgegengesetzte Giftwirkung bringt dagegen der Stich der Wespe hervor, denn der Wespenstachel scheidet keine Säure, sondern ein alkalisch wirkendes Gift ab. Bringt man Wespenstacheln ins Wasser, so wird das Wasser alsbald ausgesprochen alkalisch. Man wird also den Wespenstich nicht mit den gleichen Mitteln wie den Bienenstich, d. h. mit Alkalien behandeln, sondern Säuren anwenden, die die Wirkung des alkalischen Giftes abstumpfen und damit den Schmerz heilen.

Politik verdirbt den Charakter: Ja ja, da haben Sie recht! Sie sagen einander, die Kanzler des deutschen Reiches. Seit Dr. Michaelis haben folgende amtiert: Dr. Michaelis (Nachfolger Bethmann-Hollwegs) vom 14. Juli 1917 bis 2. November 1917. — Graf Hertling vom 3. November 1917 bis 3. Oktober 1918. — Prinz Max von Baden vom 3. Oktober 1918 bis 9. November 1918. — Volksbeauftragte vom 9. November 1918 bis 13. Februar 1919. — Scheidemann vom 13. Februar 1919 bis 22. Juni 1919. — Bauer vom 22. Juni 1919 bis 27. März 1920. — Hermann Müller vom 27. März 1920 bis 21. Juni 1920. — Fehrenbach vom 21. Juni 1920 bis 10. Mai 1921. — Dr. Wirth vom 10. Mai 1921 bis 21. November 1922. — Dr. Cuno vom 21. November 1922 bis 12. August 1923. — Dr. Stresemann seit 12. August 1923. (Und der nächste?)

Kirchennachrichten aus Wilsdruff.

Getauft: Marianne Luise, Tochter des Georg Martin Wolf, Eisenbahnbediensteter hier; Hans Gerhard, Sohn des Otto Richard Walther, Bahnarbeiters hier; Helene Elfriede, Tochter des Friedrich Paul Schmiele, Tischlers hier; Max Werner, Sohn des Max Heinrich Wustlich, Arbeiters in Sachsdorf; Alse Lotte, Tochter des Otto Max Gauernack, Gemeindediener und Maurers in Sachsdorf.

Getraut: vacat.

Beerdigt: Ernst Fürchtegott Opitz, Stellmacher hier, 73 Jahre 8 Monate 29 Tage alt; Ferdinand Zotter, Installationsmeister hier, 36 Jahre 4 Monate 22 Tage alt (auf dem Ehrenfriedhof nach katholischem Ritus bestattet); Reinhard Steiger, Rentenempfänger hier, 71 Jahre 10 Monate 4 Tage alt; Ernst Hermann Schubert, Handelsmann hier, 71 Jahre 1 Monat 23 Tage alt; August Eduard Rost, Privatus hier, 80 Jahre 10 Monate 13 Tage alt; Laura Liebert geb. Schöne, hinterl. Witwe des weil. Ernst Traugott Liebert, gewes. Kutschers hier, 76 Jahre 4 Monate 3 Tage alt; Martha Anna Else Dutzschke geb. Göhler, Ehefrau des Max Kurt Dutzschke, Holzmalers hier, 27 Jahre 1 Monat 13 Tage alt (gestorben in der Staatl. Frauenklinik in Dresden, zur Bestattung nach hier überführt).

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke, Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Anzeigenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Lindenschlößchen · Lichtspiele.

Mittwoch den 5. Dezember abends 8 Uhr

Das rote Plakat

Detektiv-Schauspiel in 6 Akten.

Bekanntmachung.

Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Ab 2. Dezember bis 8. Dezember 1923 Verhältniszahl beim Steuerabzug **850000.** Ab 6. Dezember 1923 Multiplikator für Sachbezüge einschließlich Tabakfabrikate **1000000.**

Finanzamt Nossen.

Auf einem Teil der vom Bezirksverbande jetzt ausgegebenen **Notgeldscheine** über **zehn Goldpfennige** ist ein Druckfehler unterlaufen. Statt $^1/_{42}$ ist $^2/_{42}$ Dollar aufgedruckt worden. Der Wert des einzelnen Scheines beträgt dem Aufdruck entsprechend zehn Pfennige.

Meißen, am 30. November 1923.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Meißen.

Für alle Ehrungen am Tage ihrer silbernen Hochzeit

danken herzlichst

Richard Eckelt und Frau

geb. Pätzold.

Wilsdruff, am 3. Dezember 1923.

METALL-KORTE

Inh. Willi Aug. Korte

kauft Gold-, Silb.-, Platin-Dublee-Geg.-stände, Zähne u. Gebisse

Dresden-A.,

20 Wettinerstraße 20

nahe Postplatz.

Musikinstrumente

kauft, verkauft, tauscht und repariert Lorenz, 2767

Dresden-A., Lüttichaustr. 6

Sonntag nachmittag entschlief sanft in ihrem 77. Lebensjahre unsere geliebte Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Tante und Schwester,

Frau

Amalie Therese verw. Ritthausen

geb. Görne.

Sie folgte ihrem in Tsingtau am 11. Juni d. J. verstorbenen Sohne Otto Ritthausen in die Ewigkeit nach.

Dresden-N., Hauptstraße 22I.,
Berlin und Reisbach i. Bayern,
am 3. Dezember 1923.

In tiefster Trauer

Kaufmann **Fritz Ritthausen u. Familie,**
Ingenieur **Albert Ritthausen u. Familie,**
Dr. med. **Horst Ritthausen u. Frau**
zugleich im Namen aller Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet nach erfolgter Ueberführung Mittwoch d. 5. Dezbr. 1923 nachmittags 1 Uhr auf dem Friedhofe in Wilsdruff statt.

Mehrere Ladungen

gutes Rollen- u. Scheitholz

ist unterwegs und bitte um Bestellungen.

Ferner empfehle ab Lager:

Niederlausitzer Briketts.

Getreide usw.

kaufe ich jeden Posten

in wertbeständigen Zahlungsmitteln.

Louis Seidel, Wilsdruff.

Fernruf 5 und 10.

„M.-A. A."

(München-Augsburger Abendzeitung)

München · Paul Heysestraße 9

Als führende süddeutsche Tageszeitung zur Pflege nationaler Politik, wöchentlich siebenmal erscheinend, tritt die München-Augsburger Abendzeitung mit Entschiedenheit ein

für bayerische Stammeseigenart,
für Erhaltung des Reichsganzen,
für Deutschlands Wiederaufstieg,

sie kämpft

gegen Marxismus und Unkultur.

Anerkannt sicherer u. schneller Handels- u. Nachrichtendienst

Die ausführlichen Kurse (Schlußkurse)

der Börsen in Berlin, München, Augsburg, Frankfurt und Stuttgart nebst Tendenzberichten liegen in ganz Bayern bereits am frühen Morgen nach Börsentagen vor.

Wöchentlich drei wertvolle Beilagen:

„Der Sammler" (am Mittwoch und Samstag) „Südd. Frauenzeitung" (am Sonntag)

Freunde einer guten Literatur werden auf den bisher noch nicht gedruckten, aber sicherlich viel Aufsehen erregenden, zeitgemäßen, spannenden Roman von

Rudolf Stratz: „Kinder der Zeit"

aufmerksam gemacht, mit dessen Veröffentlichung wir Ende dieses Monats beginnen. Das Werk schildert in packenden Bildern aus der Revolutionsgegenwart das verabscheuungswürdige Treiben des Berliner Schiebertums und stellt in Gegensatz dazu die Größe des vaterländisch denkenden und kämpfenden Deutschen. — Den hinzutretenden Lesern wird der Anfang des Romans jederzeit kostenlos nachgeliefert.

Bestellungen auf die „M.-A. A." nehmen alle Postämter oder der Verlag entgegen

Die älteste Rossschlächterei

Speisewirtschaft und Pferdegeschäft im

Plauenschen Grunde.

Inhaber: Kurt Siering

Freital-Potschappel, Tharandter Str. 25.

Fernruf Amt Deuden Nr. 151

kauft lauf. Schlachtpferde z. allerhöchst. Preisen

Bei Unglücksfällen **sofort Tag** und **Nacht** mit Transportgeschirr zur Stelle.

Reichswehropfer

zur Steuerung der Not in Sachsen.

An die Erwerbsstände Sachsens wendet sich der Befehlshaber des Wehrkreises 4 erneut mit folgendem Aufruf:

Das Gespenst des Hungers kann nicht mit Gewalt gebannt werden. Es droht auch und ganz besonders dann, wenn die Reichswehr wieder abgezogen ist. Darum wende ich mich an alle Besitzenden und bitte:

Helft den Aermsten der Armen,

damit erhaltet Ihr Euch selbst und unser Sachsenland.

Volk in Not! Reichswehropfer.

Schafft mir die Mittel, deren die Wohlfahrtseinrichtungen bedürfen, um auf Monate hinaus ihre täglich größeren Aufgaben zu erfüllen. Ohne Geld keine Massenspeisungen, keine Wärmstuben usw.

Unser Volk ist in Not,

der Ruf heischt nicht Brosamen vom Ueberfluß, sondern gebieterisch wirkliche Opfer.

Der Militärbefehlshaber.
Müller, Generalleutnant.

In allen Amtshauptmannschaften unseres Freistaates haben sich, dem Rufe des Militärbefehlshabers folgend, die Wirtschaftsgruppen zusammengeschlossen und aus ihrer Mitte heraus Ausschüsse gebildet, die die Organisation des Hilfswerkes fördern und die den Befehlshaber der Reichswehr, durch dessen Maßnahmen in Sachsen das Wirtschaftsleben Schutz erfuhr, als Treuhänder dieses Hilfswerkes anerkennen.

In der Amtshauptmannschaft Meißen

haben Landwirtschaft, Industrie, Handel, Handwerk und Gewerbe ihre berufenen Vertreter in einem Arbeitsausschuß vereinigt, an dessen Spitze für den Bezirkslandbund Herr Landtagsabgeordneter Schreiber-Mischwitz und für die Industrie Herr Fabrikdirektor Blume stehen.

Aus dem Reichswehropfer werden, und zwar direkt, innerhalb des Bezirks der Amtshauptmannschaft die Hilfsmittel an die Stellen (Gemeinden, Vereine und Private) geleitet, wo die Not erwiesenermaßen besteht. Der Ausschuß hat also die Verteilung selbst in Händen. Er wird in erster Linie bedenken verschämte Arme, Klein- und Sozialrentner, die Bedürftigsten der Erwerbslosen. Daneben wird er den städtischen und gemeindlichen Wohlfahrtseinrichtungen, Massenspeisungen, Versorgung Notleidender mit Winterkleidung, Wärmestuben usw. Mittel zuführen, um die örtlichen Wohlfahrtseinrichtungen zu sichern. Der allergrößte Teil der Mittel verbleibt also im Bezirk der Amtshauptmannschaft selbst.

Es ist eine Ehrenpflicht, die von den Berufsständen eingeleitete Werbung zu einem großen Erfolg zu führen.

Große Mittel sind nötig — möglichst in wertbeständiger Form —, um den Erfolg des Liebeswerkes zu sichern. An alle Wirtschaftsgruppen innerhalb der Amtshauptmannschaft und bezirksfreien Städte geht daher der Ruf:

Gebt zum Reichswehropfer

an die Vertreter Eurer Organisationen, die in den nächsten Tagen mit entsprechenden Sammellisten an Euch herantreten werden. Einzahlungen nimmt jederzeit entgegen die Deutsche Bank Meißen auf das Konto „Reichswehropfer".

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF